



Vortrag gehalten zur Infoveranstaltung am 07.11.2014 in der Fichtelgebirgshalle in Wunsiedel bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative „Fichtelgebirge sagt NEIN“

Die Stromtrasse im Kontext der Energiewende

Jörg Hacker, FGV-Naturschutzreferent



Seit dieser Woche liegt der zweite Entwurf des Netzentwicklungsplans der vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, 50 Hertz und TransnetBW vor. Die Gleichstrompassage Süd-Ost heißt nun nur noch Korridor D: DC-Netzausbau und -verstärkung HGÜ-Verbindung Mecklenburg-Vorpommern – Sachsen-Anhalt – Bayern. Auch die Gesichter bei der Projektkommunikation der ehemaligen Gleichstrompassage Süd-Ost scheint man bei Amprion

mal lieber ausgetauscht zu haben. Ein Bekenntnis zur vermeintlichen Notwendigkeit des Transports konventioneller Kraftwerksleistung über die HGÜ-Verbindung ist so nebenbei aus den Projektunterlagen verschwunden, statt dessen wird man nun nicht müde, immer wieder die Notwendigkeit des Projekts für das Gelingen der Energiewende zu betonen.

Dieses Credo unserer Bundeskanzlerin, „*Wer Ja sagt zu erneuerbaren Energien muss auch Ja zum Netzausbau sagen!*“ scheint auf breiter Front Zustimmung zu finden. Es wird von Sigmar Gabriel genauso wie vom Grünenpolitiker Robert Habeck rezipiert. Sind wir, die wir uns gegen ein konkretes Netzausbauprojekt, nämlich die Gleichstrompassage Süd-Ost wenden also Verhinderer der Energiewende?

Schauen wir uns nochmal an, worum es bei der Energiewende überhaupt geht. Ziel der Energiewende ist eine nachhaltige Energieversorgung in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität. Damit ist die Energiewende viel breiter aufgestellt als gegenwärtig diskutiert, wo der Bereich Strom im Vordergrund steht. Eine

nachhaltige Energieversorgung ist eine Energieversorgung, die sicher stellt, dass wir unsere Bedürfnisse befriedigen können ohne die Bedürfnisbefriedigung nachfolgender Generationen zu gefährden. Bisher haben wir bei der Energieversorgung auf fossile und nukleare Energieträger gesetzt. Doch diese sind zum einen begrenzt, zum anderen verursachen sie, wie man so schön sagt, „externe Kosten“. Kosten also, die nicht vom Verursacher, sondern anderweitig, z.B. von uns allen über Steuern beglichen werden müssen. Das können Gesundheitsschäden, Klimaschäden oder radioaktiver Müll sein. Ganz zu Schweigen von Katastrophen wie Tschernobyl oder Fukushima. Mit der Ausgabe von CO₂ Zertifikaten hat man zwar versucht, Klimaschäden bei den fossilen Energieträgern einzupreisen, doch sind diese im Augenblick so günstig, dass sie in keinem Verhältnis zum verursachten Schaden stehen. Fossile oder nukleare Energieträger erscheinen uns also nur deshalb als günstig, weil wir sie an anderer Stelle subventioniert oder die Kosten auf nachfolgende Generationen abgewälzt haben. Irgendjemand muss schließlich am Ende dafür einstehen!

Wie soll nun diese Energiewende aussehen? Die Energiewende ist im Grunde genommen dreiteilig, erstens Ablösung fossiler und nuklearer Energieträger durch erneuerbare Energien, zweitens Steigerung der Effizienz und drittens Einsparung von Energie. Auch hier ist die Energiewende also viel breiter aufgestellt als gegenwärtig diskutiert – Effizienz und erst recht Einsparung werden oft vernachlässigt. Erreichen will man die Ablösung konventioneller Energieträger unter anderem durch eine garantierte Einspeisevergütung und die Gewährung eines Einspeisevorrangs für erneuerbaren Energien. Subventioniert werden Erneuerbare Energien also darüber, dass sie zu einem garantierten Preis vergütet werden, auch wenn der Börsenstrompreis niedriger liegt. Die Differenz schlägt sich in der EEG Umlage und damit in unserer Stromrechnung nieder. Die Förderung der erneuerbaren Energien taucht also unmittelbar auf unserer Stromrechnung auf, die indirekte Subventionierung der fossilen und nuklearen Energieträger zahlen wir momentan versteckt über unsere Steuern, Krankenkassenbeiträge oder wälzen sie eben auf nachfolgende Generationen ab. Über diese indirekte Subventionierung der fossilen und nuklearen Energieträger hinaus billigte die EU-Kommission im Oktober diesen Jahres die Subventionierung eines Atomkraftwerkneubaus in England mit auf Jahrzehnte hinaus garantierten Abnahmepreisen von mehr als dem doppelten des aktuellen Börsenpreises. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass sich ein solches Projekt ohne staatliche Beihilfen auf dem gegenwärtigen Strommarkt nicht behaupten könnte. EnBW, der drittgrößte deutsche Energieversorger war auch schon zu massiven Abschreibungen gezwungen und das nicht deshalb, weil der Börsenstrompreis gestiegen wäre, sondern weil er fällt. Das liegt daran, dass wenn viel Wind weht und die Sonne scheint, viel günstiger Strom aus den „Erneuerbaren“ in die Netze eingespeist wird. Günstig auch deshalb, weil für diese anders als für konventionelle Kraftwerke keine Brennstoffkosten anfallen. An der Börse senkt dies im Mittel die Strompreise, was aber paradoxerweise dazu führt, dass die EEG Umlage steigt, weil durch zu niedrige Börsenpreise die garantierte Einspeisevergütung nicht mehr gedeckt ist. An den Endkunden wird die gestiegene EEG Umlage, nicht aber die gesunkenen Börsenpreise weitergegeben. Große energieintensive Unternehmen, die zudem oft auch noch von der EEG Umlage befreit sind, können hingegen direkt an der

Strombörse den günstigen Strom einkaufen und profitieren so doppelt.

Der Börsenpreis des Stroms ist jedoch auch unter einer anderen Hinsicht wichtig. Nach dem Merit-Order Prinzip ist für den Einsatz von Kraftwerken allein der Preis des von ihnen produzierten Stroms ausschlaggebend. Günstig produzierende Kraftwerke verdrängen teurere. Neben den erneuerbaren Energien sind es aber vor allem alte Braunkohlekraftwerke, die aufgrund der ins Bodenlose gefallen CO₂ Zertifikatspreise kostengünstig produzieren können. Diese werden bevorzugt und zwar egal wo sie letztendlich stehen. Moderne Gaskraftwerke wie das in Irsching können unter diesen Bedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden, geschweige denn wird sich der Neubau solcher Anlagen in Verbrauchsnähe rentieren. Schnell regelbare Kraftwerke sind jedoch nötig, um dem Hauptproblem bei der Integration der erneuerbaren Energien zu begegnen. Erneuerbare Energien liefern Strom nicht zuverlässig dann, wenn er gebraucht wird, sondern wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Für ein Gelingen der Energiewende müssten sich konventionelle Kraftwerke flexibel an die fluktuierende Stromproduktion aus erneuerbaren Energien anpassen, schließlich wollen wir die konventionellen ja nach und nach durch erneuerbare ersetzen.

Die Planungen der Netzbetreiber für den Netzausbau sehen jedoch vor, dass die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz und in Nordrhein-Westfalen weitgehend unabhängig von der Einspeisung der erneuerbaren Energien weiter mit Vollast betrieben werden können. Ihre Nennleistung, die bei dieser Planung zugrunde gelegt wird, erreichen Windenergieanlagen zudem nur bei seltenen Windspitzen. Entsprechend groß dimensioniert fällt die Netzplanung aus. Was wiederum auch daran liegt, dass dabei aufgrund des Merit-Order Prinzips an der Strombörse nur die Erzeugungskosten, nicht aber die Kosten für den Netzausbau Berücksichtigung finden. Diese Kosten trägt, vermittelt über die Netzentgelte nämlich wiederum der Verbraucher.

Gelingt es den Netzbetreibern ihren Netzentwicklungsplan tatsächlich umzusetzen, würden wir die Infrastruktur für einen noch über Deutschland hinausgehenden Stromhandel finanzieren, der ohne eine ambitionierte gesamteuropäische Klimapolitik die Grundlage für den parallelen Fortbestand zweier konkurrierender Energieträger zementiert. Die Energiewende würde so auf halben Wege stecken bleiben. Der ehemalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger fordert schon heute weiter auf 45% Braunkohlestrom aus der Lausitz und dem Rheinland zu setzen. Am Atomausstieg will er zwar nicht rütteln, doch wenn Atomstrom durch Subventionen unsere Nachbarländer nur günstig genug angeboten werden kann, wird man bei einem grenzüberschreitendem Stromhandel davon ausgehen können, dass Atomstrom dann auch weiter in Deutschland fließt - obwohl wir ihn selbst nicht produzieren! Es ist also genau anders herum als behauptet, nicht wir gefährden die Energiewende mit unserem Protest, vielmehr sind es Projekte wie die Gleichstrompassage Süd-Ost, die eine massive Gefahr dafür darstellen. Dieses Projekt ist nicht nur überflüssig und teuer, sondern für das Gelingen der Energiewende sogar kontraproduktiv. Tatenlos zuzusehen, wie für diesen Irrsinn auch noch unsere Heimat ausverkauft wird, wäre unverantwortlich.